

Um der Entfaltung der Demokratie und der Selbstverwaltung einen möglichst einheitlichen Charakter zu verschaffen, wurden vom Parteivorstand in seiner Tagung vom 17. Juli 1946 die von einer kommunalpolitischen Konferenz ausgearbeiteten kommunalpolitischen Richtlinien beschlossen, die detaillierte programmatische Forderungen auf allen Gebieten der Gemeindegewirtschaft enthalten und die ich allen Genossen zum eingehenden Studium empfehle.

Der große Unterschied, der in der Entwicklung der Demokratie zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den drei westlichen Besatzungszonen besteht, zeigt sich auch in der Entmachtung der reaktionären Kräfte und in der Säuberung der Wirtschaft und Verwaltung von den nazistischen Elementen. Während in der sowjetischen Besatzungszone die Demokratie durch die Enteignung der junkerlichen Großgrundbesitzer und der industriellen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und die konsequente Säuberung der Verwaltung und der Wirtschaftsorgane von den nazistischen Elementen stark gesichert wurde, ist in dieser Hinsicht in den westlichen Besatzungszonen so gut wie nichts unternommen worden. Weder wurde die Bodenreform in Angriff genommen, noch wurden die industriellen Kriegsverbrecher enteignet und noch viel weniger die Verwaltungen und Betriebsleitungen von den Naziaktivisten gesäubert. Die Folge davon ist, daß diese reaktionären Elemente immer stärker die Oberhand gewinnen und immer dreister ihren alten Herr-im-Hause-Standpunkt hervorkehren. Mit der Demokratie ist es also in den westlichen Besatzungszonen außerordentlich schlecht bestellt, und Schumacher hätte hier allen Grund, über den Mangel an Demokratie zu klagen und gemeinsam mit der Kommunistischen Partei für die Entmachtung der Reaktion und die Entwicklung der Demokratie zu kämpfen.

Im engen Zusammenhang mit der Bestrafung der Kriegsverbrecher und der wirtschaftlichen und politischen Entmachtung der Reaktion steht die Frage der Behandlung der ehemaligen Mitglieder der Nazipartei, die zwar durch ihre Mitgliedschaft die Nazipartei unterstützten, sich aber nicht an ihren Verbrechen beteiligten. Es war ein umfangreiches Entnazifizierungsverfahren eingeleitet, durch das das Verhalten jedes einzelnen ehemaligen Mitgliedes der Nazipartei nachgeprüft werden sollte. Das erwies sich aber bei den in die Millionen gehenden Massen als undurchführbar und zeitigte auch sonst sehr gefährliche Begleiterscheinungen an Bestechung und Betrug. Der Parteivorstand und auch der Einheitsfrontausschuß